

E-Mail-Newsletter

Nr. 180, 1. August 2013

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Am 23. Juli wurde das vom Integrationsministerium erarbeitete neue **Flüchtlingsaufnahmegesetz für Baden-Württemberg** vom Ministerrat der Landesregierung angenommen. Der Flüchtlingsrat begrüßte die wesentlichen Inhalte des Gesetzes in einer Pressemitteilung vom 24. Juli (siehe Meldung). Dass noch längst nicht alles gut läuft in Baden-Württemberg, zeigen aktuell auch die seit bereits zwei Wochen andauernde **Protestaktion von Flüchtlingen aus dem Main-Tauber-Kreis** vor dem Integrationsministerium und die in zahlreichen Medien kontrovers beschriebene und diskutierte **Beschäftigung von Asylsuchenden als Kofferträger bei der Deutschen Bahn** in Schwäbisch Gmünd zum Stundenlohn von 1,05 Euro.

Kein Thema in Baden-Württemberg scheinen dagegen die **Sammelabschiebungen nach Serbien und Mazedonien** zu sein, die neueste war am 29. Juli mit 90 Betroffenen, darunter 22 aus Baden-Württemberg. Gelegenheit zum Diskutieren über diesen Themenbereich gibt es bei der **Tagung „Flüchtlinge aus südosteuropäischen Staaten. Es ist Zeit für Gerechtigkeit“** vom 13.-15. September in Bad Boll, zu der wir Sie herzlich einladen wollen (bei Interesse bitte umgehend anmelden, siehe Veranstaltungshinweise). Last but not least wollen wir an dieser Stelle auf **die nächste Plenumstagung des Flüchtlingsrats** hinweisen: Am 23. November werden wir bei dieser Tagung in Stuttgart das 25-jährige Bestehen des Flüchtlingsrats feiern.

Mit besten Grüßen

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

P.S. Redaktionelle Anmerkung: Wir haben versucht, die Anzahl der Links auf Dokumente und Internetseiten möglichst gering zu halten. Durch Klicken auf „Weiterlesen“ gelangen Sie i.d.R. zu weiteren Informationen bzw. Links auf Dokumente, Internetseiten, Medienberichte etc.

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Zahl der Asylanträge steigt weiter

Laut Bundesinnenministerium wurden im ersten Halbjahr 2013 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 43.016 Asylerstanträge gestellt. Das sind 19.950 Personen (86,5 Prozent) mehr als im Vorjahr. Gestiegen ist vor allem die Zahl der Asylanträge von Menschen aus der Russischen Föderation, seit Juli gibt es auch wieder einen starken Anstieg von Menschen aus Ex-Jugoslawien. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Karlsruhe kamen im 1. Halbjahr 2013 6.409 Personen an. Seit Mai liegen die monatlichen Zugangszahlen bei über 1.000 Personen. In der LEA und deren Außenstellen sind aktuell knapp 1.800 Personen untergebracht. [Weiterlesen ...](#)

Landesregierung gibt Entwurf zum Flüchtlingsaufnahmegesetz zur Anhörung frei

Die Landesregierung nahm den Entwurf des Integrationsministeriums für ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz in der Kabinettsitzung vom 23. Juli an und gab ihn zur Anhörung frei. Die Wohlfahrtsverbände, der Flüchtlingsrat, der Landkreis- und der Städtetag sowie andere Organisationen erhalten jetzt die Gelegenheit zur Stellungnahme. Danach geht der Entwurf in das parlamentarische Verfahren. Am 1. Januar 2014 soll das Gesetz Rechtskraft erhalten. Das Ministerium für Integration erläuterte in einer Presseerklärung vom 23. Juli die wesentlichen Inhalte der Gesetzesänderung. Der Flüchtlingsrat begrüßte in einer [Pressemitteilung vom 24. Juli](#), dass das Land trotz gestiegener Zugangszahlen an den geplanten Veränderungen festhält, mahnt aber weitere Verbesserungen und nötige Anstrengungen an, damit die neuen gesetzlichen Regelungen auch Realität werden können...[Weiterlesen ...](#)

Aktuelle Berichte und Informationen über neue Flüchtlingsunterkünfte in den Stadt- und Landkreisen finden Sie hier: <http://fluechtlingsrat-bw.de/soziale-lebensbedingungen-unterbringung.html>

Seit zwei Wochen: Flüchtlinge aus dem Main-Tauber-Kreis protestieren in Stuttgart

Seit Mittwoch, 17. Juli campieren etwa 40 Flüchtlinge aus dem Main-Tauber-Kreis vor dem Integrationsministerium in Stuttgart. Sie protestieren gegen die Unterbringungsbedingungen im Landkreis, gegen die Mängel bei der medizinischen Versorgung, gegen die Sachleistungsversorgung, Arbeitsverbote, fehlenden Zugang zu Sprachkursen etc. Am 25. Juli handelte das Integrationsministerium mit dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis einen Kompromiss aus. Das Landratsamt will nun ab Januar 2014 auf Bargeldleistungen statt Sachleistungen umstellen. Die protestierenden Flüchtlinge waren über das Ergebnis enttäuscht und haben ihren Protest seit 29. Juli zu einem Hungerstreik ausgeweitet. [Weiterlesen ...](#)

Schwäbisch Gmünd: Flüchtlinge als Kofferträger

Es war ein Artikel auf [spiegel online](#), der Medien aus der ganzen Bundesrepublik auf ein Schwäbisch Gmünder Projekt aufmerksam machte: dort wurden Flüchtlinge, die sich für diese Arbeit freiwillig gemeldet hatten, für 1,05 € pro Stunde am Bahnhof angestellt. Dieser wird derzeit umgebaut, etliche Gleise sind nur über eine steile, lange Treppe zu erreichen. Die mit Strohhut und einheitlichen T-Shirts ausgestatteten Flüchtlinge sollten den Reisenden beim Umsteigen helfen. Da im ersten Jahr des Aufenthalts ein Arbeitsverbot besteht, ist im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes nur gemeinnützige Arbeit für max. 1,05 Euro die Stunde möglich. Die vom Oberbürgermeister und vom Asylarbeitskreis initiierte Beschäftigungsinitiative war gut gemeint. Mit der Vermittlung von Asylsuchenden zur Beschäftigung bei sozialen Einrichtungen waren Stadt und Asyl-AK auf dem richtigen Weg. Der Artikel auf [spiegel online](#) löste allerdings eine hitzige Diskussion über die unterschiedlichen Facetten des Beschäftigungsprojekts bei der DB aus. Neben kolonialen Bildern vom kofferttragenden Schwarzen wurde in Frage gestellt, ob es rechtmäßig sein kann, dass ein Unternehmen wie die Deutsche Bahn Asylsuchende zu solchen Konditionen beschäftigen darf. Bereits einen Tag nach Beginn der Diskussion brach die Bahn das Projekt unverzüglich ab. [Weiterlesen ...](#)

Flüchtlinge flüchteten von Ungarn nach Deutschland – Petition und Spendenaufruf...

Seit 12. Juni befinden sich 72 afghanische Flüchtlinge in der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe, die zuvor aus Ungarn geflohen waren. Dort hatten sie zwar eine Flüchtlingsanerkennung oder subsidiären Schutz. Die sozialen Lebensbedingungen und dortige Rassismus trieben sie aber zur Weiterflucht nach Deutschland. Seitdem befinden sie sich in der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe, bis Ende Juli sollten sie in verschiedene Landkreise Baden-Württembergs verlegt werden. Um eine Rückschiebung nach Ungarn zu verhindern, hat sich ein Bündnis aus Initiativen gebildet und eine [Online-Petition](#) und einen Spendenaufruf zur Finanzierung der anwaltlichen Vertretung der Flüchtlinge initiiert. [Weiterlesen ...](#)

Sozialgericht Mannheim: Leistungskürzung nach § 1a AsylbLG unrechtmäßig

Unter Berufung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.7.2012, in dem die Grundleistungen nach § 3 des AsylbLG als "evident unzureichend" und verfassungswidrig beurteilt wurden und in dem insbesondere auch eine deutliche Erhöhung des "soziokulturellen Existenzminimums" (sog. Taschengeld) beschlossen wurde, hat das Sozialgericht Mannheim in einem Urteil vom 2.7.2013 (Az.: S 9 AY 988/13) die Streichung des sog. Taschengelds im Fall eines Asylsuchenden aus dem Rhein-Neckar-Kreis aufgehoben. Das Gericht hält den § 1a AsylbLG (im Gegensatz zu anderen Sozialgerichten) vor dem Hintergrund des Urteils des BVerfG zwar für weiterhin anwendbar. Kürzungen könnten aber nur bis max. 20-30% erfolgen, aber nur über einen kurzen Zeitraum und nur, wenn der Betroffene über seine Mitwirkungspflichten und die Konsequenzen der Nichtmitwirkung ausreichend informiert worden sei.

In aller Kürze:

- + 18.06.2013 Gäubote - Die Herrenberger Zeitung: ["Ein Refugium für Menschen in Not. Ammerbuch: Der Verein "Ammerbucher Christen öffnen Türen" kümmert sich seit 20 Jahren um Flüchtlinge."](#) Ende 2009 kam die irakische Familie Al-M. über UNHCR-Resettlement nach Tübingen. Seitdem wird sie von Aktiven der Save-Me-Kampagne aus Tübingen und dem Entringer Verein "Ammerbucher Christen öffnen Türen" unterstützt. Das Haus, in dem die Familie lebt, wird bereits seit 1992 als Wohnhaus für Flüchtlinge genutzt.
- + 01.07.2013 Baden intern (Magazin für Politik und Wirtschaft): ["Warten im Container. Wie Asylbewerber in Albruck leben."](#) [\[PDF\]](#)
- + 06.07.2013 Menschenkette gegen Rechts in BaWü: 06.07.2013 Stuttgarter Zeitung: [„Menschenkette mit Lücken. 30 Kilometer langes Zeichen gegen Rechtsradikale.“](#) 06.07.2013 Stuttgarter Zeitung: [„3500 ist nicht genug für 30 Kilometer“](#)
- + 09.07.2013 Stuttgarter Zeitung: [„Ausländische Berufsabschlüsse sollen schneller anerkannt werden“](#)

- + 16.07.2013 baden-wuerttemberg.de: ["Land bringt Staatsvertrag mit Sinti und Roma auf den Weg." Mit einem Staatsvertrag will das Land Baden-Württemberg die Zusammenarbeit mit hier lebenden Sinti und Roma auf eine neue Grundlage stellen. Das Kabinett hat den Entwurf für einen Vertrag mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma beschlossen.](#)
- + 16.07.2013 Mit [am 7.5.2013 veröffentlichten neuen Anwendungshinweisen zum Fahrerlaubnisrecht](#) regelte das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg das Fahrerlaubnisrecht für Ausländer/innen, die keinen Reisepass oder Personalausweis haben. Demnach können auch Personen mit Aufenthaltsgestattung und Duldung unter bestimmten Voraussetzungen den Führerschein machen.
- + 19.07.2013 Südwest Presse: [„Öney bleibt im Amt. Integrationsministerium übersteht Entlassungsantrag der Opposition.“](#)
- + 22.07.2013 „Abgeschoben“-Stempel bei freiwilliger Ausreise: In einer Antwort der Innenministeriums auf eine Anfrage des Flüchtlingsrats wurde mitgeteilt, dass das Regierungspräsidiums Karlsruhe die Bundespolizei angewiesen habe, in Zukunft bei freiwilligen Ausreisen nicht mehr den Stempel „Abgeschoben“ in das „Laissez Passer“ zu stempeln, sondern nur noch einen einfachen Ausreisestempel.
- + 25.07.2013 Südwest Presse: [„Ämter müssen informieren. Planungsleitfaden zur Bürgerbeteiligung“](#)
- + 30.07.2013 Bayerischer Flüchtlingsrat: ["Beschlossene Verbesserungen für Flüchtlinge in Bayern sind eine Farce. Bayerische Staatsregierung hat heute Änderungen in der Asylpolitik beschlossen / Flüchtlingsrat: Symbolpolitik reicht nicht, ein grundlegender Richtungswechsel ist notwendig!"](#)

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Neue Beschäftigungsverordnung in Kraft getreten

Seit 1. Juli 2013 gilt die neue Beschäftigungsverordnung (BeschV). Sie bringt auch diverse Veränderungen für den Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden und Geduldeten. In der Pressemitteilung von PRO ASYL vom 1.7.2013: ["Neues Beschäftigungsrecht für Asylsuchende und Geduldete"](#) werden die Änderungen gut zusammengefasst beschrieben.

Abschiebungshaft: Asylsuchende werden schon bei der Einreise inhaftiert

PRO ASYL und Diakonie Hessen/Nassau veröffentlichen Bericht „Schutzlos hinter Gittern“
 Presseerklärung vom 17. Juli 2013: *"Der Anteil an Asylsuchenden in Abschiebungshaft wird immer größer. Asylsuchende werden bereits bei der Einreise im grenznahen Bereich von der Bundespolizei aufgegriffen und während des sogenannten Dublin-Verfahrens inhaftiert, um sie dann in den zuständigen EU-Staat abschieben zu können. Obwohl die Zahl der Abschiebungshäftlinge insgesamt rückläufig ist, steigt daher der Anteil der in Haft genommenen Asylsuchenden. Das ist eines der zentralen Ergebnisse einer von PRO ASYL und dem Diakonischen Werk in Hessen und Nassau durchgeführten Recherche zur Abschiebungshaft in Deutschland. Die Resultate der Besuche in 13 Abschiebungshaftanstalten wurden heute im Bericht „Schutzlos hinter Gittern“ veröffentlicht."* [weiterlesen...](#)
[Bericht „Schutzlos hinter Gittern – Abschiebungshaft in Deutschland“ \(pdf\)](#)

Bundesländer können syrische Flüchtlinge aufnehmen

Am 28. Juni beschloss der deutsche Bundestag einen fraktionsübergreifenden Antrag zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Der Antrag sieht vor, dass es die Bundesregierung den Ländern ermöglicht, unabhängig von der vom Bund beschlossenen Aufnahme von 5000 syrischen Kriegsflüchtlingen eigene Aufnahmeanordnungen zu erlassen, um es den in den jeweiligen Bundesländern lebenden Syrerinnen und Syrern zu ermöglichen, Angehörige aus dem Krisengebiet zu sich zu holen. Das Innenministerium von Baden-Württemberg möchte einen solchen Erlass in Abstimmung mit den anderen Bundesländern erarbeiten.

- 25.06.2013 Interfraktioneller Antrag „[Syrische Flüchtlinge Schützen](#)“ ([Drs. 17/14136](#))

- 28.06.2013 Pressemitteilung PRO ASYL: ["Interfraktioneller Bundestagsantrag „Syrische Flüchtlinge schützen“: PRO ASYL begrüßt Beschluss des Bundestags und appelliert an die Länder: Die Aufnahme syrischer Flüchtlinge darf nicht am Geld scheitern!"](#)

- 18.06.2013 Pressemitteilung PRO ASYL: ["Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2013: Syrische Flüchtlingskrise: PRO ASYL wirft EU völliges Versagen vor Deutschland muss Familiennachzug erleichtern"](#)

+ 15.07.2013 Stuttgarter Zeitung: [„Flucht nach Europa“ 500.000 Syrer leben in jordanischen Notunterkünften.](#)
 Ausführlicher Artikel über [„die größte Fluchtwelle seit 1994“](#).

Amnesty-Bericht: Griechische Küstenwache setzt Menschenleben aufs Spiel

Die griechische Küstenwache macht Flüchtlingsboote manövrierunfähig und schiebt sie in türkische Gewässer zurück. Sie setzt damit das Leben von Männern, Frauen und Kindern aus Ländern wie Syrien und Afghanistan aufs Spiel. Dies

stellt ein am 9. Juli vorgestellter Amnesty-Bericht fest. Über 100 Menschen sind seit August 2012 ertrunken als sie versuchten, Griechenland zu erreichen. Vom 13. - 20. Juli demonstrierten zahlreiche Amnesty-AktivistInnen bei einem internationalen Protestcamp auf der Insel Lesbos gegen die Grenzabschottung gegen Flüchtlinge.

+ 23.07.2013 Report Mainz: ["Jung, alleine und eingesperrt. Menschenrechtsverletzungen in griechischen Flüchtlingslagern."](#) Fernsehbericht 08:50 min (Downloadmöglichkeit über Link)

In aller Kürze:

+ 08.07.2013 Stuttgarter Zeitung: [„Papst fordert auf Lampedusa mehr Solidarität mit Flüchtlingen“](#)

+ 09.07.2013 TAZ: [„Papst wettert gegen Europas Gleichgültigkeit. In einem demonstrativen Schritt besucht Papst Franziskus auf seiner ersten Ferienreise die Flüchtlingsinsel Lampedusa.“](#)

+ 09.07.2013 AIDA gestartet: [AIDA](#) ist ein Projekt des Europäischen Flüchtlingsrats ECRE, in dem Herkunftsländerberichte und andere Informationen für Asylsuchende, Unterstützer und Anwälte bereitgestellt werden.

+ 14.07.2013 Stuttgarter Zeitung: [„Viele Löcher im Zaun. Brennpunkte der Flüchtlingsströme“](#)

+ 16.07.2013 Bundesministerium des Inneren: ["Aufnahme von 100 irakischen Flüchtlingen aus der Türkei"](#)

Neue Materialien

+ 18.06.2013 PRO ASYL, Interkultureller Rat, DGB (Juni 2013): ["Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge"](#) Broschüre, 48 S. mit migrationspolitischen Positionen zur Bundestagswahl 2013.

+ 20.06.2012 Hendrik Cremer (Deutsches Institut für Menschenrechte): ["Die Asyldebatte in Deutschland: 20 Jahre nach dem „Asylkompromiss“](#). Essay, 31 S. [\[PDF\]](#)

+ 17.07.2013 PRO ASYL / Diakonisches Werk Hessen/Nassau: [Bericht „Schutzlos hinter Gittern – Abschiebungshaft in Deutschland“ \(pdf\)](#)

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Flüchtlinge aus den südosteuropäischen Staaten. Es ist Zeit für Gerechtigkeit!

13. - 15. September 2013, Evangelische Akademie Bad Boll

„Die Verfolgung läuft im heutigen Europa exakt so, wie wir sie aus früheren Zeiten kennen. Bestimmten Bevölkerungsgruppen werden die Zugänge in den Arbeitsmarkt, in die Bildungssysteme und ins Gesundheitssystem verweigert. So werden sie Schritt für Schritt ausgegrenzt von den übrigen Bürgern. Erst in der Sprache. In den Medien, durch die Diskurse, in denen man sie fortwährend als Problemgruppe konstruiert. Dann durch Sondergesetze in der Politik. Das nennt man Segregation.“ (Mely Kiyak, Frankfurter Rundschau, 04.05.2013)

Zu Programm und [Anmeldung. Programm-Flyer als PDF](#)

22.-29.09. 2013 Interkulturelle Woche 2013 „Wer offen ist, kann mehr erleben“

Mehr Informationen: www.interkulturelle-woche.de

Bitte melden Sie uns Ihre einzelnen Veranstaltungen

Do, 26. September 2013, 20.00 Uhr, Jubez, Karlsruhe

Informationsveranstaltung zu den Ungarn-Flüchtlingen / Dublin-II.

Nähere Infos folgen (siehe Homepage Flüchtlingsrat)

Fr, 27. September 2013, Schlatterhaus, Österbergstraße 2, Tübingen

Gekommen um zu bleiben - Arbeitsmarktintegration für Flüchtlinge

Das Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim lädt zu einer Informations- und Vernetzungsveranstaltung für Akteure in der Flüchtlingshilfe sowie Arbeitgeber und Behördenmitarbeiter/-innen in der Region Tübingen ein. Nach einer Einführung in die Arbeit des Netzwerks in Tübingen werden an vier Thematischen die zielgruppenspezifischen Angebote in den Bereichen "Jugend und Ausbildung", "Sprache und Qualifizierung", "Beratung und Begleitung" und "Vermittlung und Arbeitsangebote" vorgestellt. Darüber hinaus werden mögliche Perspektiven für die Zukunft erarbeitet.

Fr, 25. Oktober 2013, Familienzentrum Ost, Zeppelinstraße 20, 75175 Pforzheim

Neue Chancen für den Arbeitsmarkt

Das Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim veranstaltet einen Fachtag, der sich dem Thema Qualifizierung sowie arbeitsmarktliche Integration von Flüchtlingen und Bleibeberechtigten widmet. Der Fachvortrag am Vormittag richtet den Fokus auf die Situation von Jugendlichen und jungen erwachsenen Flüchtlingen ohne schulische Vorbildung. Am Nachmittag werden gute Beispiele arbeitsmarktlcher Integration und der Sprachförderung

in Pforzheim vorgestellt. Programm folgt.

Samstag, 19.10.2013, ab 10 Uhr, Gammertingen, Lebenshaus Schwäbische Alb
„We shall overcome“. Gewaltfrei und aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biografische Zugänge. Veranstalter: Lebenshaus Schwäbische Alb, www.lebenshaus-alb.de

Samstag, 23.11.2013, ab 9.30 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeinde, Schubartstr. 14
Plenumstagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: „25 Jahre Flüchtlingsrat“

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart
Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de
Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski, Ulrike Duchrow

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "Archiv / E-Mail-News" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de